

**Antrag 79/II/2023**

**UBV Dahme-Spreewald, Jusos  
Brandenburg**

**Der/Die Bundestagsfraktion mö-  
ge beschließen:**

**Der/Die Bundesparteitag möge  
beschließen:**

**Leben retten ist kein Verbrechen**

1 Die SPD Brandenburg lehnt die  
2 vorgeschlagenen Änderungen  
3 des § 96 des Aufenthaltsgesetzes,  
4 welche die rechtliche Grundlage  
5 dafür legt, die private Seenot-  
6 rettung unter Strafe zu stellen,  
7 entschieden ab. Wir fordern die  
8 SPD-geführte brandenburgische  
9 Landesregierung sowie die Lan-  
10 desgruppe Brandenburg der  
11 SPD-Bundestagsfraktion auf, sich  
12 auf Bundesebene gegen diesen  
13 Gesetzentwurf zu engagieren  
14 und für eine menschenrechtliche  
15 und solidarische Flüchtlingspoli-  
16 tik einzusetzen. Dies entspricht  
17 auch den im Koalitionsvertrag  
18 der Ampel-Koalition festgehal-  
19 tenen Grundsätzen: „Es ist eine  
20 zivilisatorische und rechtliche  
21 Verpflichtung, Menschen nicht  
22 ertrinken zu lassen. Die zivile See-  
23 notrettung darf nicht behindert  
24 werden.“

25

26 **Begründung**

27 Der Gesetzentwurf steht im kla-  
28 ren Widerspruch zu den sozial-  
29 demokratischen Kernwerten der  
30 Solidarität, Menschlichkeit und  
31 sozialen Gerechtigkeit. Die Krimi-  
32 nalisierung der zivilen Seenotret-  
33 tung verstößt gegen unsere hu-  
34 manitären Pflichten. Als Sozial-  
35 demokraten sind wir verpflichtet,  
36 Menschen in Not zu helfen und  
37 ihnen Schutz zu gewähren.

38 Die vorgeschlagenen Gesetzes-  
39 änderungen bedrohen nicht nur  
40 das Leben der Schutzsuchenden,  
41 sondern unterminieren auch die  
42 Werte, die wir als SPD vertreten.  
43 Die Seenotrettung im Mittelmeer  
44 muss humanitär und durch inter-  
45 nationale Kooperation angegan-  
46 gen werden. Die Bestrafung pri-  
47 vater Seenotrettungsorganisatio-  
48 nen widerspricht dem Geist der  
49 Solidarität und unserer gesell-  
50 schaftlichen Verantwortung.

51 Die Sozialdemokratie hat sich  
52 stets für die Einhaltung der  
53 Menschenrechte und Men-  
54 schenwürde eingesetzt. Diese  
55 Prinzipien sind jedoch durch  
56 den aktuellen Gesetzentwurf  
57 gefährdet.

58 Als SPD liegt es in unserer Ver-  
59 antwortung, uns deutlich gegen

60 diese Änderung im Aufenthalts-  
61 recht zu positionieren. Wir appel-  
62 lieren an die SPD-geführte Lan-  
63 desregierung Brandenburgs, sich  
64 gegen diese Gesetzesreform zu  
65 stellen und sich auf Bundesebe-  
66 ne für eine humane, solidari-  
67 sche und menschenrechtskon-  
68 forme Flüchtlingspolitik einzuset-  
69 zen.